

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/192

8. Oktober 1974

Diese Stadt zwingt zur Vernunft

Zur Diskussion über die "neue Rolle" Berlins

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied
des SPD-Parteivorstandes

Seite 1 bis 4 / 131 Zeilen

Keasen liegt an der Spitze

Mit den Hochschulausgaben 30 vH. über dem Durch-
schnitt der Flächenländer

Von Heribert Reitz

Hessischer Finanzminister

Seite 5 / 24 Zeilen

Gefahr für den Weltsport

Die Universalität muß erhalten bleiben

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 52 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telefax: 00 50 546 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Diese Stadt zwingt zur Vernunft

Zur Diskussion über die "neue Rolle" Berlins

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Über der neuen Lage in Berlin und der Frage nach der Zukunft der Stadt gerät etwas in den Hintergrund, daß die Zäsur, die das Berlin-Abkommen der Vier Mächte in der Tat für uns ist, kein Einschnitt in die Entwicklung der Stadt im Sinne des Unterbrechens ist. Ganz im Gegenteil sichert und kräftigt das Abkommen das Bestehende und kann und wird der Ansatz und Ausgang für Neues sein. Die Kontinuität jedenfalls in Berlin ist gewahrt, im politischen wie im praktischen Sinne. Wie wir die Politik fortsetzen, die half, daß es zum Berlin-Abkommen kam - also die Politik des Ausgleichs und der Verständigung -, so setzen wir die gewohnte Arbeit fort. Sie baut auf dem auf, was in der Vergangenheit geschaffen wurde, und sie ist gerichtet auf die Herstellung einer lebenswürdigen und lebensfreundlichen Wirklichkeit für alle in Berlin.

Was ich damit meine, wird deutlich, wenn ich sage, daß wir dabei sind, Berlin - man könnte sagen: nach dem Prinzip des Baukastens - durch modellhafte, beispielgebende Lösungen in möglichst vielen Bereichen immer mehr zu einer modernen großen Stadt zu machen. Und wir sehen darauf, daß die zahlreichen und bedeutenden Institutionen der verschiedensten Art in unserer Stadt erweitert und neue hinzugewonnen werden. Wir sind dabei - um ein Beispiel zu geben -, Berlin als ein Zentrum der deutschen Entwicklungspolitik auszubauen. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe ist politisch unangreifbar, und sie verschafft unserer Stadt zusätzlich Gewicht. Es kann keinen Einwand geben, andere vergleichbar sinnvolle Aufgaben in Berlin zu beheimaten. Und wenn man daran denkt, daß Berlin ein hervorragendes Ausbildungs- und Forschungszentrum, ein großer Industrie- und Wirtschaftsplatz, ein vorzügliches Dienstleistungs- und Kulturzentrum ist, dann wird deutlich, daß

Berlin nicht einer Rolle nachjagen muß, um eine Zukunft zu haben. Nun bleibt die Frage, wie Berlin jetzt, nach dem Vier-Mächte-Abkommen, in den weitergehenden und übergreifenden politischen Zusammenhängen zwischen West und Ost steht. Aus Einschätzung und Urteil darüber wird auszumachen sein, welche politische Funktion unsere Stadt hat. Und man wird sehen müssen, ob aus dieser Gegenwart für Berlin politische Funktionen abzuleiten sind, die Aussicht auf Zukunft haben.

Da geht es zuerst um unser Verhältnis zum östlichen Teil der Stadt, dem Teil, der heute praktisch die Hauptstadt der DDR ist, ohne konstitutiv ein Teil dieser DDR zu sein. Dies gilt es einmal mehr festzuhalten. Auch Ostberlin ist Gegenstand des Vier-Mächte-Abkommens. Die Vier Mächte haben erklärt, daß sie auf der Grundlage ihrer Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit handelnd ihre Vereinbarung abgeschlossen haben. Und eben das sind Rechte und Verantwortlichkeiten und Vereinbarungen, die Berlin als Ganzes betreffen. Wie Westberlin nicht konstitutiver Teil der Bundesrepublik Deutschland ist - diese Rechtsauffassung unserer drei Schutzmächte seit jeher ist in das Vier-Mächte-Abkommen eingegangen -, so gehört Ostberlin nicht zur DDR. Abgesehen vom gemeinsamen Status haben wir noch viel Gemeinsames mit Ostberlin, soviel auch verlorengegangen ist. Unsere Politik zielt darauf ab, das Gemeinsame zu erhalten und neue Gemeinsamkeiten herzustellen. Wir jedenfalls sind offen.

Über das Verhältnis der beiden Teile Berlins sind seit dem Abkommen zahlreiche Vermutungen zu hören und zu lesen. So schließen manche aus der Tatsache des Aufstiegs Ostberlins zur Hauptstadt einer weltweit anerkannten DDR auf das Absinken Westberlins zur Nebenstadt, die zwar glitzert, aber bedeutungslos wird, in der die Menschen ihre Freiheit haben, aber in einem Hinterhof der Geschichte landen. Dazu nur dies: Wir in Westberlin ziehen das Leben in einer attraktiven Stadt, die nicht Kapitale ist, dem Leben in einer reglementierten Hauptstadt vor, der es an Urbanität mangelt, weil die Freiheiten abwesend sind. Wenn sie in Ostberlin sesshaft würden, würden wir froh sein. Ich fürchte nur, es wird nicht sein. Das Etikett Hauptstadt allein bedeutet nicht sehr viel. Vielleicht, und das wäre nicht wenig, befördert die Anwesenheit einer größeren Weltöffentlichkeit in Ostberlin auf die Dauer ein zivileres Verhalten, vor allem an der Mauer. Die Rolle jedenfalls, die Ostberlin als Hauptstadt spielt, ist nicht von solcher Art, daß sie uns in Westberlin außer Atem bringt.

Dagegen ist gravierend, daß die DDR versucht, sich aus dem Vier-Mächte-Abkommen zu stehlen, wo ihr das eben möglich erscheint. So hat es auf den Transitwegen zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet anfangs des Jahres und

im Zusammenhang mit der Einrichtung des Umweltbundesamtes in Berlin Handlungswelsen gegeben, die klar gegen das Abkommen verstoßen. Dann hat die DDR die Reisen und Besuche von Westberlinern in Ostberlin und der DDR seit verganginem November finanziell so belastet, daß die Vereinbarung eindeutig verletzt ist. Die DDR hat es auch nicht unterlassen können, die im Vier-Mächte-Abkommen anerkannten Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik Deutschland manchmal teilweise, manchmal ganz in Abrede zu stellen. Sie bedient sich dabei des Protests gegen die Praxis der Bindungen, und sie scheut sich nicht, das Abkommen falsch oder schief zu zitieren. Sie hat sogar die ungewöhnliche Methode entwickelt, aus dem Vier-Mächte-Abkommen zu zitieren, was dort überhaupt nicht steht.

Ich will mich hier nicht mit jeder Einzelheit dieser Vorgänge auseinandersetzen, und dies sowenig, wie ich den vielschichtigen und komplizierten Bau des Vier-Mächte-Abkommens darlegen kann. Aber wenn wir eine erste Funktion Westberlins im Verhältnis von West und Ost festhalten wollen, dann ist es die, daß wir uns von niemandem übertreffen lassen in der strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin, des Abkommens also, in dem die beiden Weltmächte und die beiden Verbündeten der Vereinigten Staaten und die beiden Deutschlands mit den beiden Teilen Berlins sich an der Stelle, wo es zwischen West und Ost am schwierigsten war, auf vernünftige Weise verständigt haben. Das unbedingte und uneingeschränkte Festhalten an diesem Abkommen hat mit dem Frieden zu tun. Er ist an der gefährlichsten Stelle in Europa durch das Berlin-Abkommen sicherer gemacht worden. Allein darum darf an diesem Abkommen nicht gerüttelt werden, und es gibt auch gar nichts zu rütteln. Alle am Abkommen Beteiligten haben Ja gesagt, und bei diesem Ja muß es bleiben.

Nun wird auch gefragt, was sich für unsere Stadt denn aus dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ergäbe. Die grundsätzliche Antwort darauf ist, daß sich soviel ergibt, wie das Vier-Mächte-Abkommen es erlaubt. Denn das Abkommen der Vier Mächte ist die Basis für Berlin, und damit ist es auch Maßstab und Kriterium für alles andere. Darum sind die Berlin betreffenden Passagen im Grundlagenvertrag präzise auf die Aussagen des Vier-Mächte-Abkommens abgestimmt. So heißt es, daß Abkommen und Regelungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die auf den Grundlagenvertrag folgen sollen und deren Gegenstände im Grundlagenvertrag selbst beschrieben sind, in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen auf Berlin ausgedehnt

werden können. Die rechtliche Seite ist also eindeutig. Die Probleme beginnen dort, wo diese Aussage in den Nachfolgeverträgen zum Grundlagenvertrag eingelöst werden soll, wo sie also praktisch werden soll.

In dieser Phase zwischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind wir jetzt. Auf den verschiedenen Gebieten, über die verhandelt wird, sind wir unterschiedlich weit vorangekommen. Einiges ist fertig, anderes noch nicht. Am auffälligsten war die Unterzeichnung der Vereinbarung, daß eine Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ostberlin und eine der DDR in Bonn eingerichtet wird. Das Entscheidende für Berlin dabei ist, daß die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland unsere Interessen gegenüber der DDR wahrnimmt.

Uns in Berlin ging und geht es darum, daß unsere Stadt entsprechend den Möglichkeiten, die der Grundlagenvertrag gibt, in alle Folgevereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten einbezogen wird, soweit diese nur irgendwie für Berlin relevant sein oder werden könnten. Unser Interesse ist jedenfalls ganz darauf eingerichtet, in diese Vereinbarungen durch die Bundesrepublik Deutschland einbezogen zu sein.

Für Berlin will ich aus dem Grundlagenvertrag und für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten untereinander keine hochgestochene Funktion ableiten. Ich will also, um das ganz deutlich zu sagen, keine gesamtdeutsche Rolle - oder wie immer das auch ausgedrückt werden mag - für Berlin beanspruchen.

Die deutsche Frage bleibt, soweit sie noch besteht, ohnehin in Berlin konzentriert. Uns geht es angesichts der Lage, wie sie wirklich in Berlin und in Deutschland ist, darum, möglichst vernünftige und den Menschen dort und hier hilfreiche und nützliche Zustände und verlässlichen Frieden zu haben. Wenn man unbedingt für Berlin eine Funktion in diesem Zusammenhang haben will, dann sehe ich sie darin, daß Berlin zur Verständigung, zur Vernunft, zur Praxis zwingt. (-/ 8.10.1974/ka/pr)

+ + +

Hessen liegt an der Spitze

Mit den Hochschulausgaben 30 vH. über dem Durchschnitt der Flächenländer

Von Heribert Reitz
Hessischer Minister der Finanzen

Hessens Hochschulausgaben je Einwohner liegen fast 30 vH. über dem Durchschnitt aller Flächenländer in der Bundesrepublik. Zu diesem Ergebnis kommt ein Vergleich über die Länderaufwendungen für Universitäten und Hochschulen.

Danach steuerte jeder Hesse im Jahre 1973 durchschnittlich 176 DM zur Hochschulfinanzierung bei. Der Durchschnittswert in den Flächenstaaten lag bei 136 DM. Weiter geht aus der Untersuchung hervor, daß die Nettoausgaben des Landes Hessen für den Hochschulbereich im vergangenen Jahr insgesamt 980,5 Millionen DM betragen, das sind 12,5 vH. der Hochschulausgaben aller Flächenländer. Dies, obwohl Hessen nur 9,7 vH. der Einwohner in den Flächenstaaten stellt. Für jeden Studierenden wurden in Hessen im vergangenen Jahr durchschnittlich 17.800 DM ausgegeben. Dagegen lag die Durchschnittsbelastung für alle Bundesländer pro Student bei 16.500 DM. Davon mußten aus eigenen Mitteln 14.600 DM gegenüber 13.800 DM im Bundesgebiet finanziert werden.

Ein solcher Ländervergleich macht die enormen finanziellen Anstrengungen des Landes für die Universitäten und Hochschulen deutlich. Wenn Hessen überdurchschnittlich viel Geld für seine Universitäten ausgibt, dann ist dies Ausdruck einer Landespolitik, die einem ausreichenden Bildungsangebot an den Hochschulen einen besonderen Rang einräumt. Der Erfolg läßt sich an der überdurchschnittlich hohen Zahl an Ausbildungsplätzen ablesen. An den hessischen Universitäten und pädagogischen Hochschulen studierten im vergangenen Wintersemester je 10.000 Einwohner 121 Studierende, während es im Bundesdurchschnitt nur 107 Studierende waren.

(-/ 8.10.1974/ks/pr)

+ + +

Gefahr für den Wertsport

Die Universalität muß erhalten bleiben

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Die Universalität ist ein Prinzip, das den organisierten Wertsport trägt und ihm die Basis für einen mehr oder weniger störungsfreien Ablauf gibt. Da in Stadien und Sporthallen Nationen weder bestätigt noch abgelehnt und auch nicht die Individualität und Meinungsfreiheit des Sportlers aufgehoben werden, war es folgerichtig, den beiden deutschen Sportorganisationen die weltumfassende Mitwirkung im Bereich des Sports zu ermöglichen. Insofern stützen sich der deutsche Sport und unsere Sportpolitik auf das sportliche Mitwirkungsrecht für alle. Es ist unbestreitbar, daß die ersten Vereinbarungen über den innerdeutschen Sportverkehr die internationalen Organisationen von den jahrelangen deutschen "Querelen" befreit haben.

Mit dieser Haltung wurde auch ein Beispiel für andere geteilte Länder gegeben. Die Krisen und Schwierigkeiten der Weltorganisationen entstanden bisher stets dann, wenn ihnen politische Probleme aufgebürdet wurden, die sie nicht lösen konnten und deren Lösung letztlich auch nicht ihre Aufgabe ist. Aufgrund dieser Erfahrungen sind vor allem in Europa Boykott-Aktionen im Sport selten geworden, haben vielmehr Gespräche und Verhandlungsbereitschaft wesentliche Verbesserungen gebracht.

Im asiatischen Raum, so scheint es, bringt der "Aufbruch im Wertsport" eine Fülle neuer Probleme mit sich. Die VII. Asienspiele 1974 in Teheran haben in ihrer ganzen Ereignisdichte auch Schattenseiten sichtbar gemacht. Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Volksrepublik China in elf internationalen Sportföderationen wieder Mitglied ist und die Rückkehr in das Internationale Olympische Komitee erwartet, sorgten insbesondere arabische Staaten für neue Alarmmeldungen. Kuwait, im Fußballsport noch ziemlich bedeutungslos, verhinderte mit asiatischen Verbündeten einer-

seits die Aufnahme Australiens und provozierte andererseits den Ausschluß Israels aus dem asiatischen Fußballverband (AFS). Schon bei der FIFA-Ta-
gung im Juli dieses Jahres in Frankfurt/M hatte sich der Vertreter Kuweits
- auch gegen die Stimmen der UdSSR - für die bedingungslose Rückkehr der
Volksrepublik China in den Internationalen Fußballverband (FIFA) engagiert.

Der Israel-Boycott signalisiert aber eine Gefahr für Bestand und Funk-
tionsfähigkeit der Weltsportorganisationen. Pakistan und Indien lebten in
den letzten Jahrzehnten eher kriegerisch als friedlich miteinander: Auf
den Sport wurden diese Rivalitäten jedoch nicht übertragen. Ein Beispiel
dafür, wie es zwischen Arabern und Israelis sein könnte. Trotz der laten-
ten Spannungen im Nahen Osten haben die israelischen Sportvertreter den
Weltsportgremien kaum nennenswerte Belastungen zugemutet; im Gegenteil.
Weil das Internationale Olympische Komitee unter der Führung von Avery
Brundage offenbar Pressionen aus dem arabischen Raum fürchtete, wurde
bisher einem Israeli die Berufung als IOC-Mitglied verwehrt. Von den un-
mittelbaren arabischen Nachbarn Israels gehören dagegen vier Vertreter
dem Internationalen Olympischen Komitee an, obwohl die ausgeprägteste
Sportstruktur im Nahen Osten fraglos Israel hat.

Gestützt auf die Erfahrungen der innerdeutschen Entwicklung können
die deutschen Sportvertreter einen wesentlichen Beitrag dazu leisten,
daß dem Weltsport auch weiterhin das Prinzip der Universalität erhalten
bleibt. Das Internationale Olympische Komitee sollte anlässlich seiner
75. Session in diesem Monat in Wien die Bedeutung dieses für das Funk-
tionieren des Weltsports unabdingbaren Prinzips nachhaltig unterstrei-
chen. Auf dieser Grundlage wäre beispielsweise die berechnete Berufung
eines israelischen IOC-Mitgliedes ein normaler Vorgang.

(-/ 8.10.1974/bgv/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller